



Amtsgericht Gütersloh

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 03.07.2025, 14:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 105, Friedrich-Ebert-Str. 30, 33330 Gütersloh**

folgender Grundbesitz:

halber Anteil an

**Wohnungsgrundbuch von Gütersloh, Blatt 33961,
BV lfd. Nr. 1**

40/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Gütersloh, Flur 66, Flurstück 1384, Gebäude- und Freifläche, Teutoburger Weg 20a, 20b, Größe: 317 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Neubau nebst Kellerräumen, jeweils Nr. 2 des Aufteilungsplanes und blau umrandet, sowie verbunden mit dem Sondernutzungsrecht an dem im Lageplan blau gekennzeichneten Grundstücksteil mit SNR 2 bezeichnet

versteigert werden.

Lt. Gutachten handelt es sich um **einen halben Anteil** an einer unterkellerten Eigentumswohnung über zwei Etagen als Anbau an ein zweigeschossiges Wohnhaushaus mit insgesamt 4 Wohnungen, Größe: 93 m²; Baujahr des Anbaus 2003

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.04.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

131.500,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.